

Mitteilungen

FOLGE 214
DEZEMBER 2013

HERBERT-STEINER-PREIS 2013

Der seit 2004 alljährlich vergebene Preis ist nach dem 2001 verstorbenen Mitbegründer und langjährigen Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) und der International Conference of Labour and Social History (ITH) Herbert Steiner benannt. Er soll insbesondere die Überarbeitung wissenschaftlicher Manuskripte für die Veröffentlichung ermöglichen. Mit dem Herbert-Steiner-Preis 2013 werden Julia Hörath (Berlin) und Pia Schönberger (Wien) ausgezeichnet. Herbert-Steiner-Förderpreise erhalten Tanja von Fransecky (Berlin) und Andreas Kranebitter (Wien). Die Preisverleihung findet voraussichtlich im Jänner 2014 statt (nähere Informationen zeitgerecht auf der Website des DÖW: www.doew.at). Nachfolgend beschreiben die diesjährigen PreisträgerInnen ihre Arbeiten.

Die Berliner Politikwissenschaftlerin Julia Hörath untersucht in ihrer Dissertation (Freie Universität Berlin, 2012) die sozialrassistische Haftpraxis unter dem NS-Regime, die in der ersten Phase von lokalen bzw regionalen Akteuren getragen wurde. Sie zeigt Kontinuitäten der Repressionen gegen als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ stigmatisierte Personengruppen ebenso wie Zäsuren in der Entwicklung auf. Hörath ist Lehrbeauftragte am Lehrstuhl für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und freie Mitarbeiterin der Arbeitsstelle für Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

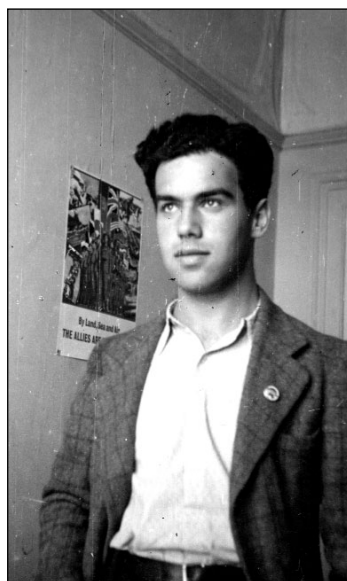
Julia Hörath:
Experimente zu Kontrolle und Repression von Devianz und Delinquenz. Die Einweisung von „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ in die Konzentrationslager 1933 bis 1937/38

Herbert-Steiner-Preis 2013

Neben politischen Häftlingen, Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen und Zeugen Jehovas litten in den frühen nationalsozialistischen Konzentrationslagern auch Menschen, die die Verfolgungsbehörden

als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ („BVer“) gebrandmarkt hatten. Bei den „BVer“ handelte es sich um Mehrfachstraftäter, die zumeist aufgrund von Kleinkriminalität und Eigentumsdelikten vorbestraft waren, denen man zum Zeitpunkt der KZ-Einweisung aber keine Straftat nachweisen konnte. Unter der Sammelkategorie „Asoziale“ erfassten die Behörden neben Bettlern, Landstreichern, Zuhältern und Prostituierten auch Alkoholiker, sogenannte „säumige Unterhaltszahler“, „Unterstützungsbetrüger“, „Arbeits scheue“, fahrende Gewerbetreibende, Hausierer und mitunter sogar Wander- und Saisonarbeiter.

Die NS-Forschung hat die „asozialen“ und „kriminellen“ KZ-Häftlinge lange vernachlässigt. Frühere Untersuchungen richteten ihr Interesse auf die Repressionen der Fürsorgebehörden jenseits der KZ-Haft sowie auf die drei großen Massenrazzien – auf die Kripo-Aktion gegen „BVer“ im März 1937 und auf die beiden Wellen der „Aktion Arbeitsscheu Reich“ im April und Juni 1938 –, im Zuge derer über 10.000 Menschen in die Konzentrationslager eingeliefert wurden (Wolfgang Ayaß, Thomas Roth, Patrick Wagner). Infolge dieser Razzien verschlechterte sich die Lebenssituation der KZ-Insassen drastisch; „Asoziale“ und „BVer“ bildeten zeitweilig



Oben: Herbert Steiner übergibt die dreibändige DÖW-Publikation *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945* an Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, 1975

Links: Herbert Steiner im englischen Exil

Herbert Steiner (1923–2001) – Namensgeber des von DÖW und ITH vergebenen Preises – flüchtete 1938 über die Niederlande nach Großbritannien und war dort leitend in der Exilorganisation *Young Austria* aktiv. Seine Eltern fielen der Shoah zum Opfer.

die beiden größten Häftlingsgruppen. Der in der KZ-Forschung dominierende Ansatz zur Erklärung der Entwicklungsgeschichte der Lager, das sogenannte „Stufenmodell“ (Michael Wildt), hat die Massenrazzien bislang als Resultat eines Mitte der 1930er-Jahre vom Führungskorps der Gestapo, SS und Kriminalpolizei ersonnenen Konzepts zur „rassischen Generalprävention“ (Ulrich Herbert) interpretiert, das zu einem grundlegenden Funktionswandel der Konzentrationslager geführt habe. Bis dahin sei KZ-Haft gegen „Asoziale“ und „BVer“ nur in Einzelfällen verhängt worden.

Meiner Untersuchung liegt die These zugrunde, dass die NS-Konzentrationslager von Beginn an auch dem sozialrassistischen Umbau der Gesellschaft dienen. Gefragt wird erstens nach den für die KZ-Einweisung von „Asozialen“ und „BVer“ verantwortlichen Akteuren, zweitens nach deren jeweiligen Zielsetzungen und drittens nach dem Ausmaß sozialrassistischer KZ-Haft vor 1937/38. Die Studie stützt sich auf eine breite und heterogene Quellenbasis. Sie kombiniert Methoden der Politikfeldanalyse mit hermeneutischen, biographischen, statistischen und diskursanalytischen Verfahren.

Die Untersuchung zeigt, dass die ersten sozialrassistischen Einlieferungen in KZ gleich nach Errichtung der Lager erfolgten. Bereits im ersten Jahr der NS-Herrschaft gingen sie über Einzelfälle hinaus und erreichten spätestens mit der „Bettlerrazzia“ im September 1933 eine gewisse Systematik. Basierend auf dem badischen „Vorbeugungshafterlass“ vom 9. März 1934 durchliefen beispielsweise mehrere hundert „Asoziale“ und „BVer“ das KZ Kislau (1933–1939) und im KZ Dachau zählten schon 1934/35 zeitweise rund 30 bis 40 Prozent der Häftlinge zu diesen beiden Gruppen. Initiiert und getragen wurde die sozialrassistische Haftpraxis zunächst von lokalen bzw. regionalen Akteuren des Staats- und Verwaltungsapparates, die überwiegend noch unter demokratischen Vorzeichen in der Weimarer Republik ausgebildet worden waren. Sie handelten dabei in Eigenverantwortung, ohne zentrale Steuerung. Die Vielzahl der involvierten Akteure führte zu einer überaus heterogenen Ausgestaltung der Verfolgungspraxis. Gestützt auf Konzepte und Begründungszusammenhänge, die noch aus der Zeit vor 1933 – aus den Debatten über die Strafrechtsreform und das „Bewahrungsgesetz“ – stammten, nutzten die Verantwortlichen den Handlungsspielraum, den das NS-Regime geschaffen hatte, um ihre je eigenen Visionen einer „ras-

sisch“ und sozial homogenen „Volksgemeinschaft“ ins Werk zu setzen.

Die Studie leuchtet die Kontinuitäten der Repressionen, die sich gegen die als „Asoziale“ und „BVer“ stigmatisierten Personengruppen richteten, ebenso aus wie die Zäsuren in der Entwicklung. Sie lenkt das Forschungsinteresse auf die „Durchschnittstäter“ (Christian Gerlach) aus dem Bereich des „Normenstaates“ und analysiert die „maßnahmenstaatlichen“ Züge (Ernst Fraenkel), die deren Agieren unter den Bedingungen des NS-Regimes annehmen. Es handelt sich um eine der ersten Untersuchungen über die Vorkriegskonzentrationslager, die mehr als eine Häftlingsgruppe in den Blick nimmt und die sich darüber hinaus nicht auf ein Lager beschränkt, sondern Terrorstätten im gesamten Reichsgebiet berücksichtigt. Ausgehend von den Befunden über die erste Phase sozialrassistischer Haftpraxis unter dem NS-Regime (1933–1937/38) stützt die Studie die Kontinuitätsthese von Günter Morsch und Falk Pingel, die besagt, dass alle wichtigen Funktionen der Konzentrationslager bereits 1933 angelegt waren. Damit bildet sie eine wichtige empirische Grundlage für eine Neuinterpretation der KZ-Entwicklungsgeschichte jenseits des bislang dominierenden „Stufenmodells“.

Die Einweisung in ein Anhaltelager wie Wöllersdorf bei Wiener Neustadt bedeutete für die Häftlinge nicht nur Freiheitsentzug, sondern führte in vie-

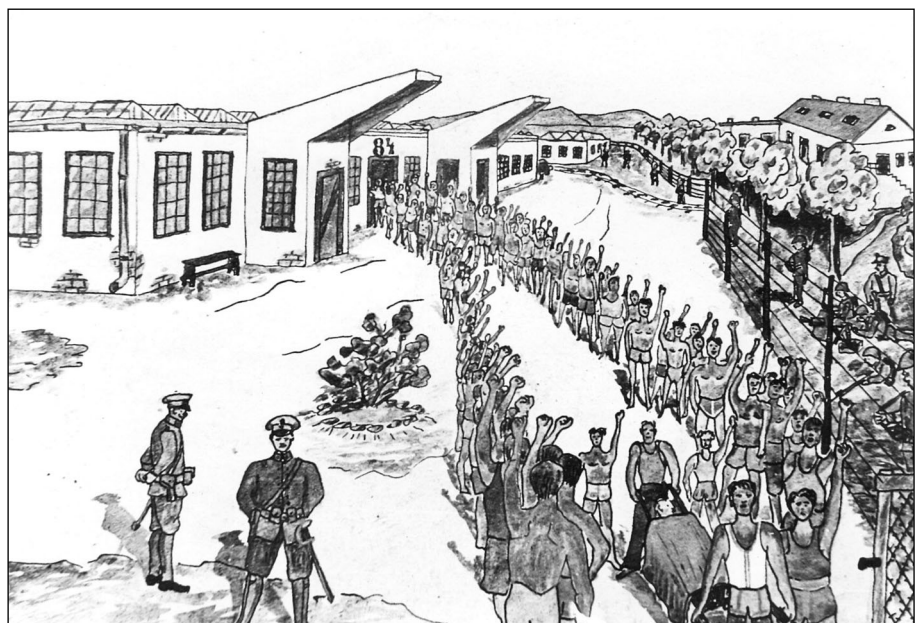
len Fällen zur Existenzgefährdung ihrer Familien. Die Wiener Historikerin Pia Schönberger analysiert in ihrer Dissertation (Universität Wien, 2012) Aufbau, Organisation, die verschiedenen Häftlingsgruppen und den Lageralltag von Wöllersdorf und liefert damit eine erste umfassende Darstellung des größten österreichischen Anhaltelagers. Schönberger ist Provenienzforscherin in der Grafischen Sammlung Albertina im Auftrag der Kommission für Provenienzforschung (BMUKK).

Pia Schönberger: Wöllersdorf 1933–1938. Anhaltelager im Austrofaschismus

Herbert-Steiner-Preis 2013

Ein wichtiges Element der Repressionsmaßnahmen gegen politisch Oppositionelle im Austrofaschismus stellten die Anhaltelager dar, deren größtes im September 1933 auf dem Gelände der ehemaligen k.u.k. Munitionsfabrik Wöllersdorf (NÖ) eingerichtet wurde.

Die Regierungsverordnung „über die Verhaltung sicherheitsgefährlicher Personen in einem bestimmten Orte oder Gebiete“, erlassen aufgrund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917, ermöglichte, dass männliche Parteigliedern der KPÖ, NSDAP und – nach den Februarkämpfen 1934 – auch der Sozial-



Trauerkundgebung der Häftlinge für den ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten zum NÖ Landtag Rudolf Posch aus Neunkirchen nach dessen Selbstmord im Anhaltelager Wöllersdorf, Juni 1934 (gemalt von Leopold Scharinger, Schwechat)

demokratischen Arbeiterpartei (SDAP) aufgrund von verbotener politischer Betätigung vorbeugend interniert wurden. Vielfach wurden politische Häftlinge jedoch nach Verbüßung von gerichtlichen oder polizeilichen Freiheitsstrafen für weitere Monate „zwecks Hintanhaltung von Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ ins Lager verbracht, wo sie in der Regel nach politischer Zugehörigkeit separiert untergebracht wurden und leichtere Arbeiten auf dem Lagergelände durchführen mussten. Die „schwere Zwangsarbeit“ außerhalb des Lagers, zu der die Häftlingsgruppe der am gescheiterten NS-Juliputsch 1934 „Minderbeteiligten“ de iure verhalten war, wurde aus ökonomischen Gründen sowie mangels praktischer Durchführungsmöglichkeiten nicht realisiert. Die Häftlinge blieben weitgehend von körperlichen Übergriffen und Misshandlungen verschont. Allerdings bedeutete die Anhaltung, von einem Unrechtsregime der grundrechtlich garantierten persönlichen Freiheit beraubt zu sein. Die den Häftlingen auferlegten Schikanen bestanden vor allem in der Ausübung psychischer Gewalt, der langen Trennung von den Angehörigen, der erzwungenen Untätigkeit sowie der monatelangen Unterbringung auf beengtem Raum. Außerdem hatten die Häftlinge ihren Aufenthalt im Anhaltelager selbst zu bezahlen, wozu die wenigsten mangels Arbeit und Vermögens in der Lage waren. Die Angehaltenen reagierten u. a. mit zahlreichen Hungerstreiks, politischen Demonstrationen, aber auch Suizid(-versuchen) auf diese Zustände.

Nach größeren Entlassungswellen, besonders ab dem Juliabkommen 1936, wurden infolge der Generalamnestie im Februar 1938 die letzten in Wöllersdorf verbliebenen Häftlinge auf freien Fuß gesetzt. Nach dem „Anschluss“ nutzten die nationalsozialistischen Machthaber das nunmehr in „Wöllersdorf-Trutzdorf“ umbenannte ehemalige Anhaltelager kurzfristig als „Schutzhaftlager“. Teile des Lagerinventars aus Wöllersdorf kamen später im neu errichteten nationalsozialistischen Konzentrationslager Mauthausen zum Einsatz.

Obleich sich der Begriff „Wöllersdorf“ besonders im ostösterreichischen kommunikativen Gedächtnis als Erinnerungsort konstituiert hat, stellt die Erforschung der Anhaltung im Austrofaschismus weitgehend ein Desiderat innerhalb der österreichischen Zeitgeschichte dar, weshalb die vorliegende Untersuchung der Grundlagenforschung zuzurechnen ist. Bezüglich des Lagers selbst, das im Mittelpunkt

Herbert-Steiner-Preis 2014: Einreichfrist 31. Mai

Eingereicht werden können wissenschaftliche Arbeiten in deutscher oder englischer Sprache, die noch nicht veröffentlicht (gedruckt) sind, zu den Themen

- Widerstand / Verfolgung / Exil in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus sowie der Umgang mit dieser Vergangenheit nach 1945 und
- Geschichte der Arbeiterbewegung.

Interessierte senden bitte folgende Unterlagen an herbert.steiner.preis@doew.at:

- Lebenslauf und ggf. Publikationsliste,
- beurteilbares wissenschaftliches Manuskript (auch Diplomarbeiten oder Dissertationen); bitte senden Sie auch zwei Ausdrücke der Arbeit per Post an: Herbert-Steiner-Preis, c/o DÖW, z. H. Christine Schindler, BA, Wipplingerstraße 6–8, A–1010 Wien),
- Abstract der Arbeit.

der Betrachtungen steht, werden – mithilfe umfassender Archiv- und Literaturrecherchen, der Analyse von zeitgenössischen Medien und Zeitzeugenberichten sowie rechtshistorischer Untersuchungen und statistischer Auswertungen – Lagerstruktur, Häftlingskollektive und Lageralltag inklusive medizinischer Versorgung und Ernährung, Widerständigkeit, Vermögensentzug und Zwangsarbeit sowie die Durchführungsinstanzen der Anhaltung erstmals umfassend erforscht. Dazu wird der Lagerbegriff, wie er in der allgemeinen Lagertheorie, u. a. bei Giorgio Agamben oder Ulrich Herbert, gebraucht wird, diskutiert und eine – bisher nicht geleistete – Einordnung Wöllersdorfs in die Geschichte der Lager vorgenommen. Ziel der Arbeit ist es, die großen Forschungslücken hinsichtlich der österreichischen Anhaltelager der Jahre 1933 bis 1938 zu schließen und Wöllersdorf im Rahmen der internationalen Lagerdiskussion zu verorten. Neben der erstmals umfassenden und detailreichen Darstellung des Lagers, seiner Häftlinge und seines Alltags bietet die Untersuchung auch neue Einblicke in das politische System in Österreich 1933 bis 1938.

Die Berliner Sozialwissenschaftlerin Tanja von Fransecky beleuchtet in ihrer Dissertation (Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, 2012) ein nahezu unbekanntes Kapitel des jüdischen Widerstands: Fluchten bzw. Fluchtversuche von Juden und Jüdinnen, die mit in die Waggons geschmuggelten Werkzeugen, umfunktionierten Taschenmessern u. Ä. versuchten, die Waggons von

innen zu durchlöchern, Gitterstäbe zu verbiegen oder durchzusägen, um so aus den fahrenden Deportationszügen abspringen zu können. Eine wertvolle Grundlage der Arbeit sind Interviews mit ZeitzeugInnen, darunter mit neun Zugflüchtlingen.

Tanja von Fransecky: Flucht von Juden aus Deportationszügen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden

Herbert-Steiner-Förderpreis 2013

Vor einigen Jahren lernte ich den jüdischen Überlebenden Simon Gronowski kennen. Er war im April 1943 als 11-Jähriger mithilfe seiner Mutter aus dem 20. Deportationszug, der ihn vom Sammellager Mechelen in Belgien nach Auschwitz bringen sollte, gesprungen. Den Absprung aus dem Zug hatte er gemeinsam mit anderen Kindern vorher geübt. Viele Male waren sie in Mechelen von den dreistöckigen Hochbetten gesprungen. Bis der 20. Deportationszug die deutsche Grenze erreichte, waren insgesamt 232 Gefangene aus den Waggons geflohen.

Diese Fluchtgeschichte hat bei mir die Frage aufgeworfen, ob es sich bei diesen Fluchten um einen einmaligen Fall gehandelt hat oder ob es solche Fluchten öfter gegeben hat, ob es sich vielleicht sogar um ein Phänomen größeren Ausmaßes gehandelt hat. Dieser Frage bin ich in meiner Dissertation zu Fluchten jüdischer Deportierter aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden nachgegangen.

Die verwandten Quellen habe ich im Rahmen von Archivstudien in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Israel und Deutschland gesichtet und ausgewertet. In diesen Ländern führte ich zudem 14 Interviews mit Überlebenden, davon neun Zugflüchtlingen.

Nur wenige Holocaust-Überlebende haben die Verzweiflung der Deportierten und das Sterben in den Waggons in deutliche Worte gefasst. Die extrem belastenden Situationen in den Waggons und die schockierende Erfahrung, unter derart entwürdigenden Umständen abtransportiert worden zu sein, mögen dazu geführt haben, dass in vielen Erinnerungsberichten die Deportation eher kurz oder verklausuliert erwähnt wird. Die Fluchten sind Teil der schrecklichen Erlebnisse in den Deportationszügen und waren in der Regel mit moralisch-ethischen Dilemmata verbunden. Äußerst wirkmächtig war die regelmäßig vor dem Besteigen der Deportationszüge an alle gerichtete Drohung, falls jemand aus ihrem Waggon bei der Ankunft fehle, würden alle anderen zur Strafe erschossen. Dieser Topos fehlt fast in keiner Fluchtgeschichte. Sehr häufig wird berichtet, dass sich aufgrund der Erschießungsandrohung Panik breitgemacht habe und es in den Waggons zu heftigen Auseinandersetzungen kam, wenn jemand fliehen wollte. Für viele überlebende Zugflüchtlinge war es sicherlich eine moralische Last, die Flucht gewagt zu haben und dabei die Zurückbleibenden verlassen und möglicherweise gefährdet zu haben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Studie u. a. zur Erforschung einer bislang von der Täterforschung ausgeklammerten Tätergruppe beiträgt: der Wachmannschaften der Deportationszüge. Zudem wurde im Rahmen dieser Studie die quantitative Dimension der Fluchten ermittelt. Für Frankreich konnte ich 155 Fluchten feststellen, für Belgien 577 und für die Niederlande lediglich 29. Diese deutlich unterschiedlichen Zahlen sind, insbesondere da sie nicht mit den Deportationsraten in den Ländern korrelieren, erklärungsbedürftig. Deshalb habe ich situationsübergreifende strukturelle Faktoren, die Fluchten ermöglichten oder behinderten, identifiziert sowie situative Strategien und Gründe, die im Waggon entscheidend waren für den Entschluss, Fluchten zu unternehmen oder sie abzuwenden.

Gedenkstätte Mauthausen. Er geht in seiner Diplomarbeit (Universität Wien, 2012) u. a. der Frage nach, welche Faktoren entscheidenden Einfluss auf die Sterblichkeit der Inhaftierten hatten. Basis seiner statistischen Auswertungen sind die im Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen erstellten Datenbanken mit Angaben zu insgesamt fast 168.000 KZ-Häftlingen.

Andreas Kranebitter: Zahlen als Zeugen. Quantitative Analysen zur „Häftlingengesellschaft“ des KZ Mauthausen-Gusen

Herbert-Steiner-Förderpreis 2013

Nationalsozialistische Konzentrationslager sind seit Jahrzehnten nicht nur geschichtswissenschaftlicher, sondern auch soziologischer Forschungsgegenstand. SoziologInnen widmeten sich in ihren Untersuchungen meist der sogenannten „Häftlingengesellschaft“ der Lager, die sich unter Zwang und Terror konstituierte. Die Untersuchung dessen, was diese Gesellschaft zusammenhielt oder auseinandertrieb, die Untersuchung der sozialen Dynamiken, der sich herausbildenden Normen, Werte und Verhaltensweisen, interessiert dabei nicht nur aus historischen Gründen, sondern auch vor dem Hintergrund unseres heutigen gesellschaftlichen „Normalzustands“. Bei der soziologischen Betrachtung eines historischen Forschungsgegenstands wie der KZ schwingt die Frage mit, ob ein derartiger Ausnahmezustand überhaupt mit den „herkömm-

lichen“ und „normalen“ Konzepten und Methoden der Soziologie erfasst und gefasst werden kann.

Die bisherige soziologische KZ-Forschung ist gerade in dieser Hinsicht zu gegensätzlichen Schlussfolgerungen gekommen – sind die KZ für die einen die „Grenze des Sozialen“ (Wolfgang Sofsky), das völlig Neue und Andere, das zur Entwicklung neuer Konzepte treibt, so sahen andere in der KZ einen „Extremfall des Sozialen“ (Maja Suderland), der in sinnvoller Weise mit gängigen soziologischen Konzepten (wie Bourdieus Habitus-theorie) und Methoden erforscht werden kann. Basis dieser Debatten waren bisher qualitative Methoden, die sich mit den Memoiren der Überlebenden beschäftigen. Ausgangspunkt und Ziel dieser Diplomarbeit war es, durch die statistische Auswertung anderer Quellensorten in diese Debatte zu intervenieren.

Quantitative Auswertungen historischer Daten müssen zunächst im historischen Diskurs verortet werden. Daher muss jeder Analyse eine kritische Quellenanalyse vorausgehen. Das ist im Fall der KZ-Quellen, wo die für Auswertungen zur Verfügung stehenden sogenannten prozessproduzierten Daten SS-produzierte Daten der Konzentrationslagerverwaltung sind, von besonderer Bedeutung. Diese problematischen Daten erfordern eine vorsichtige, sich der Grenzen der machbaren Aussagen bewusste Anwendung quantitativer Methoden. Nichtsdestotrotz sind sie ein in der historischen KZ-Forschung oft ignoriertes Quellenfundus, der einen bestimmten Ausschnitt der Realität der KZ abbildet.



Sowjetische Kriegsgefangene im KZ Mauthausen. Nur wenige von den in das KZ Mauthausen-Gusen eingelieferten sowjetischen Kriegsgefangenen überlebten.

Der Wiener Politikwissenschaftler und Soziologe Andreas Kranebitter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der KZ-

Die zur Verfügung stehenden Daten sind die im Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen aus diversen historisch überlieferten Quellen erstellten Datenbanken. Über 500.000 Datensätze aus über 20 Datenbanken, die Informationen zu insgesamt fast 168.000 namentlich bekannten KZ-Häftlingen enthalten, wurden hier in den letzten Jahren verknüpft und in dieser Arbeit ausgewertet.

Statistische Auswertungen historischer Daten können gerade dort sinnvoll eingesetzt werden und historisch relevante Erkenntnisse produzieren, wo nur wenige andere qualitativ auswertbare Quellen existieren. In Bezug auf die nationalsozialistischen Konzentrationslager trifft dies insbesondere auf stigmatisierte Häftlingsgruppen wie die sogenannten „kriminellen“ und „asozialen“ Häftlinge zu, die selbst kaum Zeugnisse hinterlassen haben, oder auf Gruppen wie sowjetische Kriegsgefangene, von denen nur wenige überlebt haben. Quantitative Methoden können hier als Korrektiv dienen. Als Beispiel können hier zunächst die sogenannten „Kriminellen“ genannt werden: meist als Gruppe brutaler „Kapos“ und verlängerter Arm der SS erinnert, zeigen statistische Auswertungen, dass die allgemein zu beobachtenden Dynamiken des Lagers auch für sie galten. Auch von ihnen starb über alle Phasen des KZ hinweg ein großer, zeitweise sogar höherer Anteil als von anderen Gruppen, der belegt, dass sie als Gruppe keine kollektive Besserstellung erfuhren. Ein weiteres Beispiel ist die Gruppe der ersten sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Oktober 1941 ins KZ Mauthausen-Gusen deportiert worden waren. Die historische Quellenlage ist hier widersprüchlich – ehemalige SS-Angehörige rechtfertigten nach dem Krieg das Massensterben der Kriegsgefangenen mit deren zuvor angeblich „schlechtem physischen Zustand“, die äußerst seltenen Zeugnisse der Überlebenden geben wenig Aufschluss, in Gerichtsverfahren wurden die (meist „kriminellen“) Zeugen als unglaubwürdige Zeugen und tendenzielle Täter abgestempelt. Statistische Auswertungen legen relativ eindeutig den Schluss nahe, dass die SS hier eine (in den Worten des Historikers Reinhard Otto) „aktive und passive Vernichtungspolitik“ betrieb. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Arbeit ist, dass die Frage, welche Faktoren entscheidenden Einfluss auf die Sterblichkeit der Inhaftierten hatten, nur durch die Anwendung multivariater Verfahren interpretiert werden kann. Oft beobachtete Zusammenhänge, wie etwa die Bedeutung der Nationalität für die Überlebenswahrscheinlichkeit, entpuppen sich mitunter als Scheinkorrelationen. Erst die gleichzeitige Messung verschiedener Variablen wie Alter, Haftkategorie, Nationalität, Inhaftierungszeitpunkt und Inhaftierungsdauer macht die Größe der einzelnen Einflüsse schätzbar. Die Berechnungen eines multivariaten Modells zur Erklärung der Sterblichkeit legen den Schluss nahe, dass der Einfluss der äußeren Umstände, das heißt von Inhaftierungszeitpunkt und Inhaftierungsdauer, die Bedeutung anderer individueller Merkmale überstiegen hat. Darüber hinaus scheinen soziodemographische Daten wie Alter oder Beruf eine größere Bedeutung als die Kategorisierungen der SS („Nationalität“ und „Haftkategorie“) gehabt zu haben.

In Rückbeziehung der statistischen Auswertungen dieser Arbeit auf die soziologischen Theorien zur Häftlingengesellschaft lässt sich feststellen, dass – anders als gerade von geschichtswissenschaftlicher Seite oft betont – die „Sterbewahrscheinlichkeit“ nicht so sehr von individuellen Eigenschaften abhing als vielmehr von objektiv unbeeinflussbaren „hard facts“ – das Alter konnten sich die Inhaftierten ebenso wenig frei wählen wie ihren Einlieferungszeitpunkt. Noch weniger kann die gerade von sozialpsychologischer Seite oft unternommene Suche nach dem „Survivor-Typus“ Gültigkeit beanspruchen, die das Überleben mit besseren Anpassungsleistungen zu erklären versucht. Letztlich können die Ergebnisse allerdings auch als Gegengewicht gegen die u. a. von Sofsky vertretene konstruktivistische These ins Feld geführt werden, die Kategorien „Nationalität“ und „Haftkategorie“ hätten die Situation des Einzelnen am bedeutendsten geprägt und definiert.

Quantitative Analysen, die auf prozessproduzierten Daten der KZ-Verwaltung basieren, können also neue Thesen in geschichts- und sozialwissenschaftliche Debatten einbringen und zur Relativierung mancher These beitragen. Der Einsatz statistischer Verfahren an der Schnittstelle zwischen Soziologie und Geschichte kann auch in Bezug auf extreme gesellschaftliche Verhältnisse qualitative und theoriegeleitete soziologische Forschungen sinnvoll ergänzen oder korrigieren. Die Berechnungen von Modellen, wie sie in dieser Arbeit in Bezug auf das KZ Mauthausen-Gusen versucht wurden, müssen dabei aber mit der mikrosoziologischen Analyse sozialer Situationen verbunden werden. Die Forschung muss jedenfalls auch über eine genaue Kenntnis der historischen Bedingungen und der überlieferten Quellen verfügen, um Fehlschlüsse zu vermeiden.

Quantitative Analysen, die auf prozessproduzierten Daten der KZ-Verwaltung basieren, können also neue Thesen in geschichts- und sozialwissenschaftliche Debatten einbringen und zur Relativierung mancher These beitragen. Der Einsatz statistischer Verfahren an der Schnittstelle zwischen Soziologie und Geschichte kann auch in Bezug auf extreme gesellschaftliche Verhältnisse qualitative und theoriegeleitete soziologische Forschungen sinnvoll ergänzen oder korrigieren. Die Berechnungen von Modellen, wie sie in dieser Arbeit in Bezug auf das KZ Mauthausen-Gusen versucht wurden, müssen dabei aber mit der mikrosoziologischen Analyse sozialer Situationen verbunden werden. Die Forschung muss jedenfalls auch über eine genaue Kenntnis der historischen Bedingungen und der überlieferten Quellen verfügen, um Fehlschlüsse zu vermeiden.

WIR GRATULIEREN

DÖW-Kuratoriumsmitglied Hofrat Marko M. **Feingold**, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, erhielt das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Radomir-Luža-Preis 2013

Der Radomir-Luža-Preis für Zentraleuropäische Geschichte wurde 2013 von den American Friends des DÖW und dem Center Austria (New Orleans) zum zweiten Mal vergeben. Die heurige Preisträgerin Leslie Marie Waters hat in ihrer Dissertation an der University of California in Los Angeles über den ungarisch-slowakischen Konflikt im Schatten der NS-Herrschaft in Ostmitteleuropa – am Beispiel der von den ungarischen Nationalisten als „Oberungarn“ („Felvidék“) beanspruchten Teile der Slowakei – geforscht (*Resurrecting the Nation: Felvidék and the Hungarian Territorial Revisionist Project, 1938–1945*).

Der Preis wurde am 5. Oktober 2013 in Denver/Colorado am Rande der Jahrestagung der German Studies Association – im Rahmen eines Empfangs des Austrian Cultural Forum New York – verliehen.

Der von Prof. Günter J. Bischof initiierte Preis ist nach dem US-tschechischen Historiker Radomir Luža (1922–2009) benannt, der vor 1945 im tschechoslowakischen Widerstand aktiv war und 1967 als Professor für europäische Geschichte an die Tulane University in New Orleans berufen wurde. Er veröffentlichte 1985 – gestützt auf die Sammlungen des DÖW – eine umfassende quantitative Studie über den politisch organisierten österreichischen Widerstand (*Der Widerstand in Österreich 1938–1945*).

2012 wurde der erste Radomir-Luža-Preis vergeben. Die Preisträgerinnen waren Ilana Offenberger, die an der Clark University (Worcester, Massachusetts) über die Reaktion der Wiener jüdischen Bevölkerung auf die Nazifizierung der Stadt nach dem „Anschluss“ 1938 geforscht hatte, und Prof. Tara Zahra von der Universität Chicago für ihre Arbeit *The Lost Children: Reconstructing Europe's Families after World War II* (Harvard University Press, 2011).

Stollen der Erinnerung in Steyr

Zehn Jahre lang arbeitete das Mauthausen Komitee Steyr an einer Ausstellung über das Außenkommando Steyr-Münichholz (KZ Mauthausen), dessen Häftlinge nicht nur in den Steyr-Werken eingesetzt wurden, sondern in Steyr auch zahlreiche Luftschutzstollen für die Zivilbevölkerung errichten mussten. Einer dieser Stollen ist nun Schauplatz der Ausstellung, die am 25. Oktober eröffnet wurde.

Ab Frühjahr 1941 mussten Häftlinge aus dem KZ Mauthausen auf den Baustellen der Steyr-Werke Zwangsarbeit leisten, das Außenkommando Steyr-Münichholz bestand vom 14. März 1942 bis 5. Mai 1945. Zwischen 1000 und 2000 Häftlinge – ab Herbst 1944 auch jüdische Häftlinge – waren beim Bau von Fabrikanlagen, in der Produktion von Flugmotoren und Wälzlager, aber auch bei Straßenarbeiten, Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen und dem Bau von Luftschutzstollen eingesetzt. Nach Schätzungen des Historikers Bertrand Perz kamen dort mindestens

295 Häftlinge um. Zur Rüstungsproduktion wurden zusätzlich noch tausende ZwangsarbeiterInnen herangezogen, die in mehreren Lagern untergebracht waren.

Beginnend mit der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit der 1930er-Jahre, dem Erstarken des Nationalsozialismus, dem „Anschluss“ 1938 und dem Ausbau der Steyr-Werke zu einem großen Rüstungskonzern bildet der Einsatz von ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlingen aus vielen europäischen Ländern den Schwerpunkt der Ausstellung. Deren Schicksal wird den BesucherInnen anhand von Fotos, Dokumenten, Zeichnungen, Originalgegenständen und Berichten von ZeitzeugInnen anschaulich vermittelt.

Weitere Themen: Die Verbrennung von 4500 Häftlingsleichen im Krematorium Steyr – Der Todesmarsch der ungarischen Juden – Die Befreiung am 5. Mai 1945 – Die Täter – Erinnerung nach 1945 – Der Widerstand – Menschenwürde.

Die Ausstellung wurde nach einer Idee von Karl Ramsmaier (Mauthausen Komitee Steyr) von Regina Wonisch wissenschaftlich kuratiert. KuratorInnen Mauthausen Komitee Steyr: Karl Ramsmaier, Waltraud Neuhauser, Katrin Auer, Martin

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

EISENBACHER GmbH MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/36060 - 5401; FAX: 01/36060 - 5699
E-MAIL: office@eisenbacher.net
INTERNET: www.eisenbacher.net

Hagmayr (Bereich *Täter*), Markus Rachbauer (Bereich *Widerstand*); konzeptionelle und wissenschaftliche Beratung: Bertrand Perz; Gestaltung: Bernhard Denkingner.

Das Mauthausen Komitee Steyr blickt heuer auf eine erfolgreiche 25-jährige Tätigkeit zurück. Mit Sanierungsprojekten zur Rettung des jüdischen Friedhofs, der Errichtung von Gedenktafeln ebenso wie durch Bücher, Zeitungsartikel, vielfältige andere Aktivitäten und dem nun abgeschlossenen bislang größten Projekt, dem *Stollen der Erinnerung*, setzt sich das Komitee vehement gegen das Vergessen ein.

Weitere Informationen:
www.mkoe-steyr.net

NEUES VON GANZ RECHTS

Neonazi-Gedenkveranstaltung auf Braunauer Friedhof

Auf der deutschen neonazistischen Homepage *Freies Netz Süd* wird berichtet, dass am 18. Oktober 2013 „niederbayerische[n] und ostmärkische[n] Kameraden“ auf dem Soldatenfriedhof in Haselbach/Braunau für die „tapferen gefallenen Groß- und Urgroßväter“ und für den vor Kurzem verstorbenen NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke eine Gedenkveranstaltung durchgeführt haben. In deren Rahmen entrollten die Neonazis auch ein Transparent. Mit der Kundgebung am Braunauer Friedhof sollte deutlich gemacht werden, dass man „treu zu dem Erbe ihrer Ahnen“ stehe und deutsche „Soldaten [...] keine Verbrecher“ gewesen seien.

Erich Priebke, vormaliger SS-Hauptsturmführer, wurde 1994 in Argentinien aufgespürt, nach Italien ausgeliefert und dort aufgrund seiner führenden Beteiligung an dem Massaker in den Ardeatini-schen Höhlen (Ermordung von 335 Gei-

seln) 1998 zu lebenslanger Haft verurteilt. In der internationalen Rechtsextremisten- und Neonaziszene etablierte sich daraufhin eine Bewegung zur Freilassung Priebkes.

AFP-Akademie mit prominenter Beteiligung?

Zwischen 18. und 20. Oktober 2013 fand in einem Linzer Vorort die „48. Politische Akademie“ der *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* (AFP) statt. Wie schon in den Jahren davor wurde sie streng konspirativ ausgerichtet, was die Anzahl der TeilnehmerInnen weiter – auf weniger als 50 – sinken ließ.

Laut dem veröffentlichten Programm begann die „Akademie“ freitags mit einem Lichtbildvortrag von Thomas Pühringer (Ried i. I.). Am Samstag eröffnete der AFP-Vorsitzende Sepp Kraßnig (Klagenfurt) das Treffen, auf ihn folgte Richard Melisch (Wien), der in seinem Vortrag ein „Herz für die Rasseforschung“ zeigte. Da-

nach sprach ein „Labg. Anton Günthers“ über die FPÖ und ihre Beliebtheit bei den „Arbeitern“. Ob sich hinter diesem offensichtlichen Pseudonym tatsächlich ein FPÖ-Landtagsabgeordneter verbarg, ist nicht bekannt. Jedoch sind die FPÖ-Landtagsabgeordneten Hans-Jörg Jenewein (2008) und Johann Gudenus (2009) bereits bei der AFP-Akademie aufgetreten. Den Nachmittag eröffnete der Zittauer Neonazi Jürgen Hösl (*Aktion gegen das Vergessen*), auf ihn folgten ein Sebastian Oberndorfer (München) und ein tschechischer Neonazi aus Brünn. Der Sonntag wurde von einem ungarischen Neonazi und vom NPD-Politiker Uwe Meenen (Berlin) bestritten.

Neonazi-Überfall in Wien

Am Nachmittag des 27. Oktober überfielen rund 30 Anhänger der neonazistischen FAK-Fangruppe *Unsterblich Wien* das von verschiedenen linken und migrantischen Gruppen genutzte Ernst Kirchweger Haus (EKH) in Wien-Favoriten. Die Eindringlinge versuchten zum linken türkischen Verein ATIGF zu gelangen. Ein Gewerk-

Oktober/November
2013

schaftsaktivist wurde dabei verletzt, in der Folge konnten die Angreifer aus dem EKH gedrängt und vertrieben werden. Neun von ihnen nahm die Polizei in vorübergehenden Gewahrsam, sie wurden stundenlang vernommen und auf freiem Fuß angezeigt.

Die bereits seit Längerem für ihre Gewaltbereitschaft und ihren Rassismus berüchtigte Gruppe *Unsterblich Wien* wurde in den letzten Jahren systematisch von Neonazis unterwandert, insbesondere Aktivistinnen von *Blood & Honour* sahen hier eine Möglichkeit, unter Fußballfans Nachwuchs zu rekrutieren. Dementsprechend wählte *Unsterblich* sein Banner-Logo vorübergehend nach dem Vorbild von *Blood & Honour*. Daneben verwendet *Unsterblich* beliebte neonazistische Symbole wie den SS-Totenkopf und die Reichskriegsflagge, wie Fotos im DÖW belegen.

Eine breitere Öffentlichkeit wurde im Dezember 2009 erstmals auf die Nazi-Hooligans aufmerksam: Beim Spiel Austria Wien gegen Athletic Bilbao wiesen sie mit einem im Stadion angebrachten Reichsadler-Banner auf ihre Gesinnung hin. Mit Falange-Symbolen und einem „Viva Franco“-Transparent provozierten sie die baskischen Fans (derstandard.at/1259281286337/Athletic-Vorwurfe-gegen-Austria-Fans-und-Polizei). Auch der damalige Platzsturm ging maßgeblich von *Unsterblich*-Aktivistinnen aus. Nach vereinzelten Stadionverboten verhängte die Vereinsleitung der Wiener Austria 2013 einen generellen Ausschluss. Aber auch außerhalb der Stadien kam es bereits in der Vergangenheit immer wieder zu politisch motivierten und gewalttätigen Angriffen von *Unsterblich*-Aktivistinnen, so etwa im Juni 2009 am Rande einer FPÖ-Kundgebung am Viktor Adler Markt in Wien-Favoriten (derstandard.at/1244460580035/Graf-Adlatus-bei-rechter-Randale?seite=5).

Schmierereien an Gedenksteinen – Täter gefasst

Ende Oktober konnte in Salzburg ein bereits amtsbekannter 20-jähriger Neonazi verhaftet werden. Er steht im Verdacht, Mitte Oktober eine größere Anzahl von Gedenksteinen („Stolpersteine“), die an die Verfolgung von Salzburger Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit erinnern sollen, mit Teer beschmiert zu haben. Insgesamt können ihm 31 Taten, die seit Juli dieses Jahres in der Stadt Salzburg bei bzw. von der Polizei angezeigt wurden,

zugeordnet werden. Der Neonazi wird unter anderem für eine Beschädigung der Synagoge, das Verkleben von Türschlossern (z. B. am Volksheim der KPÖ Salzburg) und 24 Schmierereien verantwortlich gemacht. Auf Parkautomaten, Wände oder Fahrradboxen habe er etwa Sprüche wie „NS statt US“ geschmiert. Im Verhör zeigte sich der Verdächtige weitgehend geständig, auch machte er aus seiner Gesinnung kein Hehl. Unter Tatbeteiligungsverdacht stehen daneben zwei Mädchen und zwei Burschen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren.

Der mutmaßliche Haupttäter ist schon einschlägig vorbestraft: 2012 wurde er vom Landesgericht Salzburg wegen Verhetzung verurteilt, nachdem er auf *facebook* unter anderem „Bringt alle Türken endlich um, Sieg heil für das Arier-Reich“ gepostet hatte.

Weiterer FPÖ-Aktivist bei Neonazis

Nachdem schon 2007 die steiermärkische FPÖ-Politikerin Susanne Winter mit Leserbriefen in der neonazistischen Zeitschrift *Phoenix* für Aufregung gesorgt hatte, ist in der aktuellen Ausgabe wieder der Name eines FPÖ-Aktivistinnen zu finden. So heißt es in einem mit Franz Vorderwinkler (Ferschnitz/NÖ) unterzeichneten Leserbrief mit dem Titel „Die Feinde sind unter uns!“, dass die „Feinde Österreichs [...] die rot/grünen Bolschewiki“ seien. Die „größte Gefahr“ gehe von „den rot/grünen verachtenswerten Geschöpfen linker Prägung aus“, die „den Nationalstaat Österreich auslöschen wollen“. Seiner Meinung nach wollen die „gewissenlosen EU-Schurken in Brüssel“, dass Europa ein „identitätsloser Schmelztiegel werden [soll]“ (*Phoenix* 4/2013, S. 3). Laut dem *Freiheitlichen Gemeindegurrier Niederösterreich* war Vorderwinkler von 1995 bis 2000 FPÖ-Gemeinderat in Tullnerbach. 2010 kandidierte er für die FPÖ bei den Gemeinderatswahlen in Ferschnitz. Zumindest in diesem Jahr war er auch stellvertretender Landesobmann der FPÖ-Unterorganisation *Niederösterreichischer Seniorenring*.

Urteile im Objekt 21-Prozess

Ein Welser Geschworenengericht verurteilte Anfang November 2013 sieben führende Aktivistinnen der oberösterreichischen Neonazi-Gruppe *Objekt 21* wegen zahlrei-

cher Verstöße gegen das Verbotsgesetz (die Urteile sind noch nicht rechtskräftig). Bereits im Mai 2009 wurden bei einer Polizeikontrolle eines Autos der später als *Objekt 21*-Anführer bekannten Männer verbotene Waffen und zahlreiche NS-Devotionalien gefunden. Dennoch wurde ein knappes Jahr später die von einem der Männer – Manuel Spindler – beantragte Zulassung des Vereins *Objekt 21* behördlich genehmigt.

Erst nachdem im Sommer 2010 auf die neonazistischen Umtriebe im Vereinslokal hingewiesen worden war und politischer Druck erzeugt werden konnte, wurden erste Hausdurchsuchungen durchgeführt und Ende 2010 *Objekt 21* behördlich verboten. Zusätzlich waren einige der Neonazis im ausschließlich kriminellen Bereich aktiv geworden (Prostitution, Erpressung, Nötigung, Brandstiftung, Drogenhandel usw.), was Anfang 2013 aufgrund einer großen Polizeiaktion bekannt wurde. Diese kriminellen Handlungen wurden und werden in gesonderten Verfahren aufgearbeitet, erste (noch nicht rechtskräftige) Urteile wurden bereits gesprochen.

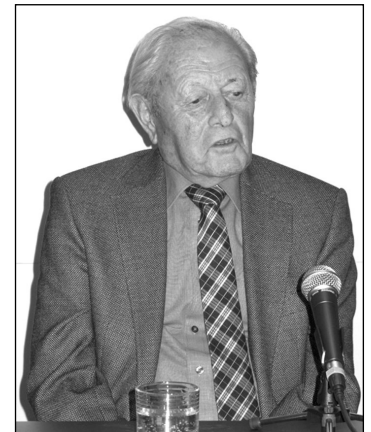
Im nunmehrigen Verbotsgesetzverfahren warf die Anklage den Neonazis neben dem Tragen von NS-Tätowierungen sowie der Ausschmückung des Vereinslokals mit NS-Symbolen und -Sprüchen die Bereitstellung und Verbreitung einschlägigen Liedguts vor. Außerdem sei eine CD eines neonazistischen Sängers zum Teil im Vereinslokal von *Objekt 21* aufgenommen worden.

Die sich allesamt als nicht schuldig bekennenden Angeklagten behaupteten vor Gericht, entweder die Bedeutung der Nazi-Symbole nicht gekannt und die Hitler-Huldigungen nicht bemerkt zu haben oder einfach zu betrunken gewesen zu sein, um als schuldig zu gelten. Belastet wurden sie hingegen von einem Neonazi aus Thüringen, der zum Beispiel ausführlich über eine Hitlergeburtstags-Feier im Vereinslokal berichtete. Der Zeuge gab auch Einblicke in die Polizeiarbeit: Bei einer Hausdurchsuchung hätten die Neonazis den Beamten einfach eine Stunde lang nicht aufgemacht und währenddessen alles Belastende versteckt. Dementsprechend ergebnislos verlief dann die Amtshandlung. Nach einer engagierten Prozessführung der Welser Richterinnen sprachen die Geschworenen alle Angeklagten schuldig. Jürgen Windhofer wurde zu sechs, Manuel Spindler zu vier Jahren unbedingter Haft verurteilt. Die übrigen fünf Neonazis kamen mit teilbedingten und bedingten Haftstrafen zwischen 18 und 30 Monaten davon.

DÖW erinnerte an den Novemberpogrom 1938

Der Novemberpogrom: ZeitzeugInnen erinnern sich

DÖW, 7. November 2013



Oben: **Vilma Neuwirth** und **Walter Fantl-Brumlik** berichteten, wie sie den Novemberpogrom 1938 erlebten. Neuwirth überlebte die NS-Herrschaft als Sternträgerin in Wien, Fantl-Brumlik wurde 1942 nach Theresienstadt und von dort nach Auschwitz deportiert. Fotos: Mag. Hellin Sapinski

Links: Durch die Veranstaltung führte die wissenschaftliche Leiterin des DÖW **Brigitte Bailer**. Rechts im Bild: **Judith Gruber-Rizy** (Autorin, Erstes Wiener Lesetheater), sie las u. a. aus Interviews mit ZeitzeugInnen.

75 Jahre Novemberpogrom: Gedenken am Ort des ehemaligen Leopoldstädter Tempels

Kooperation ESRA-DÖW, Vorplatz ESRA, 11. November 2013



Oben: Gedenkfeier in der Tempelgasse (Wien-Leopoldstadt), links im Bild: **Peter Schwarz**, Geschäftsführer des Psychosozialen Zentrums ESRA



Oben: Die Fassade der zerstörten Synagoge in der Tempelgasse wurde – auf eine Plane gedruckt – zwei Wochen lang wieder sichtbar gemacht.

Links: Auch eine vom DÖW gestaltete Ausstellung konnte in dieser Zeit besichtigt werden. Am Tag der Gedenkfeier wurden Führungen und Vermittlungsprogramme für Schulklassen angeboten.

Fotos Tempelgasse: Walter Filip

Tauber, Max: Nach mehr als neunzig Jahren. Wien: new academic press 2013. 252 S.

Max Taubers Erinnerungen, aufgezeichnet von seinem Neffen Gustav Freudmann, sind ein lebendiges Stück Zeitgeschichte. Tauber, geb. 1920, emigrierte 1935 nach Palästina und kehrte 1948 wieder nach Wien zurück. Beschrieben wird die karge Kindheit einer Arbeiterfamilie: Der Vater ist Schuster, die ohnehin viel zu kleine Wohnung dient auch als Werkstatt. Eine Waschküche befindet sich in einem anderen Haus, am Wochenende wird das Tröpfelbad aufgesucht, denn (schmutziges) Wasser gibt es nur am Gang. 1934 verliert der Vater seine politischen Funktionen und seine Aufträge. Er emigriert nach Palästina, die Familie kommt ein Jahr später nach. Der junge Max Tauber schlägt sich mit Gelegenheitsarbeiten durch, ehe er durch Zufall das Handwerk seines Vaters lernen kann.

Immer wieder schlägt in der Erzählung die Sehnsucht nach der Heimat durch, aber die Nachrichten sind trist. Das Jahr 1938 wird aus der Entfernung erlebt, aber auch der Kriegsverlauf kritisch aufgenommen und kommentiert. Nach seiner Rückkehr engagiert sich Tauber in der KPÖ und in der Gewerkschaft. Sein Schuhmacherhandwerk muss er nach dem Niedergang des Gewerbes irgendwann einmal aufgeben; zuletzt arbeitet er bei der Post.

Das Buch, versehen mit einigen Anmerkungen, zeigt deutlich die Schwierigkeiten des Lebens im Exil auf, aber auch, dass das Österreich in der Nachkriegszeit auf Leute wie Tauber nicht gerade gewartet hat.

Peter Autengruber

Lidegaard, Bo: Die Ausnahme. Oktober 1943: Wie die dänischen Juden mithilfe ihrer Mitbürger der Vernichtung entkamen. Aus dem Englischen von Yvonne Badal. München: Karl Blessing Verlag 2013. 591 S.

Aus vielen während des Zweiten Weltkriegs von deutschen Truppen besetzten Ländern wurden Juden und Jüdinnen in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. An der Umsetzung dieser Vernichtungspolitik beteiligten sich nicht selten auch die örtlichen Behörden. Dies er-

klärt mit die geringen Fluchtmöglichkeiten und hohen Opferzahlen. Indessen gab es auch eine Ausnahme von dieser Regel, gelang doch in Dänemark vielen Juden die Flucht nach Schweden. Mithilfe ihrer MitbürgerInnen konnten sie meist mit Booten in das Nachbarland übersetzen. Dieser Rettungsaktion vorausgegangen waren eher spontane und unvorbereitete Hilfsaktionen, woran sich viele Menschen ganz unterschiedlicher sozialer Ausrichtung und Zusammensetzung beteiligten. Daran erinnert die vorliegende voluminöse Darstellung von Bo Lidegaard, der nach Beendigung seiner diplomatischen Laufbahn seit 2011 als Chefredakteur der Tageszeitung *Politiken* arbeitet.

Bereits zu Beginn macht er auf die allgemeine politische Bedeutung der Ereignisse aufmerksam: „Die Geschichte der Rettung der dänischen Juden ist nur ein winziger Teil der gewaltigen Geschichte der Shoah. Aber sie erteilt uns eine Lektion. Denn sie erzählt vom Selbsterhaltungstrieb, vom zivilen Ungehorsam und von der Hilfe, die fast ein ganzes Volk leistete, weil es sich empört und zornig gegen die Deportation seiner Landsleute auflehnte. Somit ist es auch die Geschichte von einer Gesellschaft, die kein Jota von ihrem Rechts- und Unrechtsempfinden wich, und das, während sie der überlegenen Macht deutscher Besatzer unterstand.“ (S. 33) Diese Einschätzung zieht sich wie ein „roter Faden“ durch das Buch. Lidegaard wiederholt sie auch mehrfach mit anderen Worten, um eben die Dimension dieser „Ausnahme“ in der Ära der Vernichtungspolitik deutlich zu machen. Die Basis seines Buches bilden Berichte von Geflohenen, die häufig in Form von Tagebucheinträgen vorliegen und so ein anschauliches Bild der Ereignisse zeichnen.

Lidegaard hat sie integriert in eine chronologische Darstellung, die in 14 Kapiteln die Ereignisse vom 26. September bis zum 9. Oktober 1943 nachzeichnet. Dabei konzentriert sich der Autor nicht nur auf die Ereignisse um die Flucht: Man findet auch Ausführungen zur Vorgeschichte der Ereignisse ebenso wie zu den Entscheidungsprozessen auf der Ebene der deutschen Besatzungsmächte. Bezogen auf die Letztgenannten macht das Buch deutlich, wie wichtig die ablehnende Einstellung großer Teile der Bevölkerung gegenüber der „Judenpolitik“ der NS-Diktatur war: „Selbst Hitlers zuverlässigste Männer, die zutiefst in die mörderische Logik der

„Endlösung“ verstrickt waren, sahen sich behindert von der eindeutigen Ablehnung, die das besetzte Land dieser Logik entgegenbrachte.“ (S. 101) Lidegaard verschweigt darüber hinaus auch nicht problematische Aspekte der Rettungsaktion wie die Geldzahlungen: „Manche Flüchtlinge mussten unerhört hohe Preise zahlen, aber es wurde niemand zurückgelassen, nur weil er nicht zahlen konnte – oder wollte.“ (S. 516)

Dem Autor kommt das Verdienst zu, mit seinem Buch ein historisches Beispiel für mutige Zivilcourage in einer dunklen Epoche der Menschheitsgeschichte in Erinnerung gerufen zu haben. Gerade die Augenzeugenberichte veranschaulichen das hohe Maß an Mut und Tugend der Retter. Insofern handelt es sich um ein historisch-politisches Lehrstück besonderer Art. Gleichwohl muss betont werden, dass der ehemalige Diplomat Dänemarks auch zur Idealisierung Dänemarks neigt. Das „Dänische“ und das „Humanistische“ verschmelzen in seiner Darstellung so stark, dass er auch zu nicht unproblematischen einseitigen Kommentierungen neigt. So erklärt Lidegaard etwa die Spitzenpolitiker zu den „größten Helden der Rettungsaktion“ (S. 542), womit deren zumindest diskussionswürdige Kooperation mit der Besatzungsmacht nicht näher problematisiert wird. Bei aller notwendiger Kritik an einer solchen Monokausalität bleibt das Buch aber eine wichtige Dokumentation menschlicher Zivilcourage.

Armin Pfahl-Traugher

Litzka, Traude: Kirchliche Hilfe für verfolgte Juden und Jüdinnen im nationalsozialistischen Wien. Berlin u. a.: LIT Verlag 2011. 192 S.

Traude Litzka behandelt in der auf ihrer historischen Dissertation basierenden Publikation nicht nur die Hilfeleistungen, die im Bereich der katholischen Kirche im nationalsozialistisch beherrschten Wien Jüdinnen und Juden zugute gekommen sind. Sie beleuchtet ebenso die Resultate von Jahrhunderten an christlicher Judenfeindschaft und die Politik der Kirche gegenüber dem NS-Staat, die von Anpassung und Arrangement bestimmt war. Tiefpunkt war dabei zweifelsohne die Erklärung der österreichischen Bischöfe vom März 1938: „Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Bewe-

gung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. [...] Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.“ (S. 58) Diese Aktion verärgerte Papst Pius XI., der deshalb Kardinal Innitzer in den Vatikan zitierte. Erst massive Repressalien (Verhaftung von Priestern, Auflösung katholischer Vereine, Lehr- und Predigtverbote, Enteignung kirchlichen Besitzes, Aufhebung von Klöstern) bewirkten eine teilweise Umkehr der kirchlichen Amtsträger, auf die die Nazis im Oktober 1938 mit der Verwüstung des Erzbischöflichen Palais durch Angehörige der Hitler-Jugend reagierten.

Litzka würdigt und dokumentiert in ihrer Untersuchung den Mut und die Tatkraft einiger katholischer Frauen und Männer, verfolgten Jüdinnen und Juden zu helfen. Zugleich weist sie aber auch auf den starken christlichen Antijudaismus hin, der noch kurz zuvor während der 1920er-Jahre eine Initiative zur Reform der Karfreitagsfürbitten für die „perfiden Juden“ scheitern ließ. Auch diese Gefühle prägten die Stimmungslage der katholischen Mehrheitsbevölkerung und bildeten die Basis für den Geist der Gleichgültigkeit und des Wegschauens. Dort wo geholfen wurde, waren es Menschen und Gruppen, die vom Leid der Verfolgten berührt wurden und nicht vor praktischem Engagement zurückscheuten.

Die Unterstützungen für die Bedrängten waren vielfältig; wo gesicherte Quellen zur Verfügung standen, hat Litzka die Aktionen sorgfältig mit Angabe von Namen, Orten und Institutionen dokumentiert. Die wirkungsvollste und prominenteste Einrichtung war die Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken, deren Leitung dem deutschen Jesuitenpater Ludger Born anvertraut war und die in einem Hoftrakt des Erzbischöflichen Palais untergebracht war. Dort arbeiteten 23 Frauen, von denen die Hälfte nach den Kriterien der nationalsozialistischen Gesetze jüdischer Herkunft war. Neun Helferinnen wurden deportiert und acht davon in der Folge ermordet. Die Hilfsstelle betreute auch einen Kinderhort, eine Schule und ein Altersheim. Bis 1941 wurde noch versucht, Ausreisemöglichkeiten zu eröffnen. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung, Geldzuwendungen, die Unterstützung der Untergetauchten und vor allem

Antisemitismus gestern und heute

Mehrteilige Vortragsreihe im DÖW in Kooperation mit dem Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung, Jänner 2014

9. Jänner 2014
Univ.-Prof. Mag. Dr. Anton Staudinger
Christlichsozialer Antisemitismus in Österreich

16. Jänner 2014
Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer
Antisemitismus und Sozialdemokratie

23. Jänner 2014
Dr.ⁱⁿ Gertrude Enderle-Burcel
Antisemitismus im Ständestaat – eine Spurensuche

30. Jänner 2014
Univ.-Prof. Dr. Maximilian Gottschlich
Der neue Antisemitismus nach 1945

Antisemitismus ist ein bis heute nicht nur in Österreich weit verbreitetes Phänomen. Aufbauend auf christlichem Antijudaismus wurde Antisemitismus ab dem Ende des 19. Jahrhunderts auch ein Mittel der Politik. Die Vortragsreihe geht antisemitischen Strömungen auf konservativer und sozialdemokratischer Seite ebenso nach wie nach antisemitischen Einstellungen in der Bürokratie gefragt wird. Zum Abschluss wird der Blick anhand aktueller Studien auf den Antisemitismus heute geworfen.

Zeit jeweils Donnerstag, 18.30–20.00 Uhr

Ort Veranstaltungsraum
Ausstellung Dokumentationsarchiv
Wipplingerstraße 6–8 (Eingang im Hof)
1010 Wien

Kurs-Nr. HV534AKa-d, Gebühr: 6,- Euro

Anmeldung erforderlich: Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung,
T +43 1 891 74 153000 oder 153100 | e-mail: office.jife@vhs.at

seelischer Beistand standen im Vordergrund. Trotz der offiziellen Beschränkung auf KatholikInnen jüdischer Herkunft erreichte die Hilfsstelle durch Kooperation mit der Israelitischen Kultusgemeinde (ab 1942: Ältestenrat der Juden in Wien), der Schwedischen Israelmission und der Society of Friends (Quäker), dass vereinzelt ebenso Glaubensjuden sowie Protestanten und Konfessionslosen jüdischer Herkunft geholfen werden konnte. Opfern der Deportation wurden Brief- und Paketsendungen in die Konzentrationslager geschickt. In das Ghetto Theresien-

stadt wurden darüber hinaus Hostien für religiöse Zeremonien gesendet.

Viele der Hilfeleistungen sind nicht nur wegen der allgegenwärtigen Lebensgefahr anonym geblieben. Sie blieben es auch nach 1945, weil in der katholischen Kirche die Erinnerung daran nicht ermutigt wurde, um die Mehrheit der Mitläufer und Belasteten nicht zu vergraulen. Selbst GlaubensmartyrerInnen, auf die man stolz hätte sein können – wie etwa Franz Jägerstätter – blieben lange Zeit umstritten. Umso verdienstvoller ist die Arbeit von Traude Litzka. **Heimo Gruber**



Wir freuen uns

über Ihr Interesse: Fünfmal jährlich werden rund 4500 Exemplare der *Mitteilungen* in alle Welt versandt ...

Herstellung und Versand verursachen allerdings beträchtliche Kosten. Um unsere *Mitteilungen* so wie bisher kostenlos versenden zu können, erlauben wir uns auch heuer, unsere LeserInnen um eine Spende zu ersuchen (Bankverbindung: IBAN AT811400005410028400 | BIC BAWAATWW). BezieherInnen in Österreich bitten wir, hierfür den beiliegenden Erlagschein zu verwenden.

Möchten Sie die Arbeit des DÖW regelmäßig unterstützen? Werden Sie Mitglied im Verein DÖW!

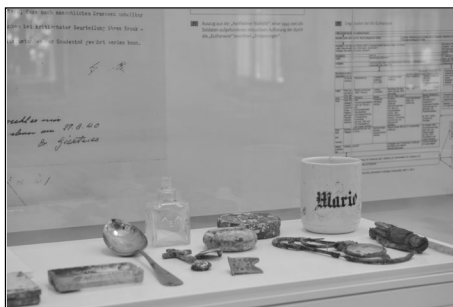
- Der Mitgliedsbeitrag im Verein DÖW beträgt EUR 25,- pro Jahr. Inkludiert ist der kostenlose Bezug des *Jahrbuchs* und der *Mitteilungen* des DÖW sowie der Bezug von DÖW-Publikationen zum MitarbeiterInnenpreis.
- Mitglieder des Vereins DÖW sind bei den jährlichen Generalversammlungen stimmberechtigt.

Weitere Informationen, Kontakt:

Eva Kriss T: +43 (1) 22 89 469 – 319 | E-Mail: eva.kriss@doew.at

Judith Prem T: +43 (1) 22 89 469 – 330 | E-Mail: judith.prem@doew.at

█ Spenden und Beiträge für den Verein DÖW sind nach § 4 a Z. 1 lit d oder e EStG 1988 von der Einkommensteuer absetzbar.



An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:
Peter Autengruber, Tanja von Fransecky, Winfried R. Garscha, Heimo Gruber, Julia Hörath, Andreas Kranebitter, Eva Kriss, Willi Lasek, Andreas Peham, Armin Pfahl-Traugthber, Pia Schölnberger.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitterutzner, Tel. 22 89 469/322, E-Mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel.: 22 89 469/319, Fax: 22 89 469/391, E-Mail: office@doew.at; web: <http://www.doew.at>).

WIR WÜNSCHEN
UNSEREN
LESERINNEN
UND LESERN ALLES GUTE
FÜR DAS JAHR **2014!**

Ich bestelle folgende Publikationen:

Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen oder Karton € 15,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück

Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30
... Stück

Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30
... Stück

Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** Wien 1996, 135 S. € 6,50
... Stück

Kombiangebot

Gedenken und Mahnen in Wien, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998 *und* **Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-) ... Stück

Gerhardt Plöchl, **Willibald Plöchl und Otto Habsburg in den USA.** Ringen um Österreichs „Exilregierung“ 1941/42, Wien 2007, 288 S., Ladenpr. € 9,90
... Stück

Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich.** Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis € 25,-** (Ladenpr. € 49,90)
... Stück

Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch.** Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,-
... Stück

Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,-
... Stück

DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung.** Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50
... Stück

DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition,** Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50
... Stück

Bewahren – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2008, 190 S., € 13,50
... Stück

Martin Niklas, „... **die schönste Stadt der Welt**“. **Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt.** Wien 2009, 232 S., € 19,90
... Stück

Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky.** Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90
... Stück

Günther Morsch / Bertrand Perz, **Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas.** Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung, Metropol Verlag 2011, 446 S., Ladenpr. € 24,
... Stück

Heinz Arnberger / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), **Gedenken und Mahnen in Niederösterreich.** Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung, Mandelbaum Verlag 2011, 712 S., Ladenpr. € 39,90
... Stück

Florian Freund, **Die Toten von Ebensee.** Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., € 29,-
... Stück

Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., € 19,50
... Stück

Jahrbuch 2009, hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär, Wien 2009, 321 S., € 13,50
... Stück

Jahrbuch 2010, hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen, Wien 2010, 273 S., € 13,50
... Stück

Jahrbuch 2011, hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: **Politischer Widerstand im Lichte von Biographien,** Wien 2011, 302 S., € 13,50
... Stück

Jahrbuch 2012, hrsg. vom DÖW, **Gedenkstätte für die Opfer der Gestapo Wien.** Bilder und Texte der Ausstellung, Wien 2012, 205 S., € 9,50
... Stück

Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... **Ein Paragraf wird sich finden**“. **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945),** hrsg. vom DÖW, Wien 2013, 622 S., € 24,50
... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S

Verlagspostamt
1010 Wien